

Rahmenkonzept zur „Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern in Essen“ fördert Rassismus

Während zahlreiche Kommunen von der Sachleistung auf Barzahlung umgestellt haben, will Essen den umgekehrten Weg gehen. Obwohl der Rat der Stadt Essen erst 2010 beschlossen hatte, dass Sachleistungen „nicht den humanitären Grundsätzen, die sich in Essen als gesellschaftlicher Konsens herausgebildet haben“, entsprechen.



Damit werden Roma aus Serbien und Mazedonien gezielt schlecht behandelt. Unter fadenscheiniger Begründung soll Asylbewerbern in den ersten drei bzw. sechs Monaten jede Möglichkeit genommen werden, selbst Mahlzeiten zuzubereiten. Es ist vorgesehen, den Flüchtlingen dreimal am Tag durch Catering Mahlzeiten anzuliefern. Hygieneartikeln werden ihnen zugeteilt. Lediglich ein Taschengeld soll ihnen zuerkannt werden.

Faschisten hoffähig gemacht

In Deutschland wurden Roma und Sinti im Laufe der Geschichte misshandelt und ermordet, unter den Nazis Tausende. In ihren

Herkunftsländern werden sie immer noch diskriminiert, gejagt und verfolgt. Es ist erschreckend, dass es heute wieder alles dafür getan wird, sie zu diskriminieren und auszustoßen. Rassistische und faschistische Parteien wie Pro NRW und die NPD werden so hoffähig gemacht. Die Unsicherheiten der Essener können zwar in einer Beschwerdehotline geäußert werden, Ideen eines besseren Miteinanders sind im Asylkonzept aber nicht zu finden. Ein derartig einseitiger Lösungsansatz spielt den Rassisten in die Hände.

Herabgewürdigt und ausgegrenzt

Die Flüchtlinge sollen angeblich Essenspakete bekommen, damit sie lernen, sich richtig zu ernähren, richtig einzukaufen und mit elektrischen Geräten umzugehen. Wenn Armut, eine andere Sprache und mangelnde Schulausbildung gleichgesetzt werden mit Lebensunfähigkeit und Dummheit, so sind dies längst überwunden geglaubte koloniale Verhaltensweisen. Dass diesen Menschen der Schulbesuch oft verweigert wurde, soweit denkt kaum einer. Dass die städtische Vorlage dann auch noch mit Gefährdung von Kindeswohl argumentiert, ist besonders perfide. Denn wenn man die Kinder hier nicht integriert, werden Sprache und Schulbildung nicht besser.

Kasernierung ist menschenunwürdig

Dieses „Rahmenkonzept“ muss verhindert werden. Flüchtlinge müssen in die Stadt, in die Stadtteile integriert werden. Sie sollten in Privatwohnungen untergebracht werden, nicht in Massenunterkünften. Sie sollen sich Essen und Kleidung selbst aussuchen dürfen und sie brauchen vor allem soziale Betreuung, da viele mit traumatischen Erfahrungen zu uns kommen.

Das Konzept der Essener Stadtverwaltung, die vorgesehene entmündigende und entwürdigende Behandlung der Flüchtlinge, steht im Widerspruch zu unserem Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“



Unsere traditionelle Aktion zum Beginn des neuen Lebensabschnitts wünscht den Kindern viel Freude am Lernen. Die Eltern haben wir auf die auslaufende Finanzierung der Sozialarbeiterstellen aufmerksam gemacht, denn diese leisten eine immens wichtige Arbeit. Die DKP kämpft für den Erhalt dieser Arbeitsstellen. Wir wünschen allen Kindern eine Schullaufbahn ohne große Hürden und ohne materielle Hindernisse.

DKP-Gruppen, Kontakt

» Frohnhausen/Holsterhausen: jeden 2. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Holsterhauser Hof

» Altenessen/Vogelheim/Karnap: jeden 2. Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr im Glückauf, Karlstr. Ecke Bischoffstr.

» Mitte/Süd: jeden 3. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr im Haus der DKP in der Hoffnungstr. 18

» Steele/Bergmannsfeld/Freienbruch: alle 14 Tage im Bürgerhaus Oststadt

Kontakt: Hoffnungstr. 18, 45127 Essen;
Telefon: 23 56 45; Fax: 26 98 03 8;
E-Mail: dkp.essen(at)dkp-essen.de
Internet: <http://www.dkp-ruhr.de/dkp-essen/>



Köbele. "Praktisch kommen die Aussagen von Herrn Groschek einer Festlegung gleich", ist sich Köbele sicher. "Mit den Erkenntnissen aus der A40-Sperrung werden wir endlich die alternativen Mobilitätskonzepte ernsthaft diskutieren können. Am besten sofort gemeinsam mit den Menschen dieser Stadt."

Messe Essen: Geld verschwindet im schwarzen Loch

123 Mio. € soll der Neubau der Messe kosten und jeder weiß, dass es bei solchen Großprojekten nicht dabei bleibt. Bereits die Messeerweiterung im Jahr 2000 hat 110 Mio. € verschlungen, städtische Grundstücke wurden der Messe geschenkt. 2011 wurde eine einmalige Kapitaleinlage von 2,5 Mio. € durch die Stadt bereitgestellt. Die Stadt bürgt außerdem für den 100 Mio.-Kredit, der für den Neubau aufgenommen wird. Jährlich kommen städtische Zuschüsse von 13,5 Mio. € hinzu. Es besteht ein Defizit, das sich angesichts der Struktur des städtischen Haushalts auch absehbar nicht ändern wird.

Deshalb begrüßt die DKP Essen das Bürgerbegehren gegen den Neubau der Messe Essen und unterstützt die Unterschriftensammlung nach Kräften.

Im Sport- und Kulturbereich wird den Menschen permanent vorgerechnet, wie viele Subventionen die sozialen Einrichtungen kosten. Bei der Messe spielt das aber keine Rolle. Hätte die Stadt in der Vergangenheit nicht immer wieder Steuergeld zugeschossen, die Messe wäre schon längst pleite. Ein tragfähiges Konzept gibt es noch immer nicht. Jedes normale Unternehmen müsste Insolvenz beantragen.

Unterirdische Planungen

Die Ratsmehrheit aber ist gefangen in den alten Cross-Border-Leasing Verträgen. Die DKP hat damals davor gewarnt. Und nun heißt es



bei SPD, CDU, FDP und EBB, der Messe-Neubau sei alternativlos. Schon laufen sich die beiden „Großen“ zu einem Aktionskreis Pro Messe heiß - und haben selbst den DGB und ver.di eingefangen. Derart kämpferisches Auftreten mit der Ankündigung einer Kampagne hätte ver.di mal machen sollen, als die Stadt die Reduzierung von 1.000 Stellen beschlossen hatte. Sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen gegen Niedriglöhne in Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel? Ein neues Kongresszentrum soll auch noch her, und das halb unter die Erde. Was den Stuttgartern ihr Bahn-

hof, wird den Essenern ihr Kongresszentrum im Keller, vor allem finanziell. Schon die Grugahalle braucht jährliche Zuschüsse von 1 Mio. €. Für die Mitarbeiter gibt es noch ein neues Verwaltungsgebäude dazu. Das soll aus den Einnahmen des Kongresszentrums bezahlt werden – ein schlechter Witz.

Messe ohne Ende

Dabei gibt es die Alternativen. Die FDP hat ver raten, was in nicht-öffentlicher Verwaltungsvorlage stand: ca. 88 Mio. € würden die Zahlungen an den Finanzinvestor wegen des Cross-Border-Geschäfts bei einem Ausstieg aus der Messe kosten. Ohne Ausstieg ist die Stadt noch bis zum Jahr 2032 an die Messe gebunden. Wenigstens bis dahin würden dann wegen ständig drohender Zahlungsunfähigkeit der Messe weitere Millionen im schwarzen Loch verschwinden. Damit das nicht passiert, fordern wir die Offenlegung aller Verträge, unabhängige Gutachten, Finanzpläne und Konzepte, um Alternativen prüfen zu können.

Allergische Reaktionen

Herr Stenglein, Chefredakteur der WAZ, stellt allen Kritikern des Neubaus, dass sie gleichsam die ganze Wirtschaft der Stadt kaputt mache. Unklar bleibt dabei, warum wir die vielen Millionen Euro nicht besser direkt in andere Arbeitsplätze stecken können, um damit die Wirtschaft der Stadt anzukurbeln. Da darf man sich doch die Frage stellen, ob die Messe den Bürgern wirklich nützt.

A 52 - Widerstand erfolgreich

Gut, dass die A40 gesperrt werden musste, denn erst da haben viele Verantwortliche selbst gesehen, dass es auch anders gehen kann.

Schon seit vielen Jahren fordern Umweltverbände und auch die DKP alternative Verkehrskonzepte für das Ruhrgebiet. Insbesondere die immer wieder diskutierte A52-Durchstreckung hat uns gemeinsam mit der Initiative gegen die A52 viele sonnige Aktionen beschert. Nun scheint diese langwierige Arbeit endlich Früchte zu tragen.

te zu tragen.

"Einzigiger Mohikaner einer unsinnigen Sache bleibt die IHK", so Patrik Köbele. Für einen A52-Lückenschluss hatten sie Anfang Mai NRW-Verkehrsminister Michael Groschek um besondere Unterstützung gebeten. "Die Abfuhr konnte deutlicher nicht sein", so die DKP.

"Wir werden die Aussagen von Herrn Groschek prüfen, denn im Zuge des Beteiligungsverfahrens beim Bundesverkehrswegeplan 2015 sind auch die Länder gefragt", so Patrik

Arbeitsplätze erhalten - Schulsozialarbeit stärken



Siw Mammitzsch, Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Essen

Da gibt es an Essener Schulen mal was richtig Gutes, und dann droht gleich wieder das Aus, weil's keiner mehr bezahlen will.

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes, was von den Eltern vor allem als Antragsmonster

wahrgenommen wird, leisten die Schulsozialarbeiter viel Unterstützung.

Die geht aber auch weit über die Bürokratie hinaus und kommt vor allem den Kindern zu Gute. Die 77 Stellen in Essen werden vom Bund nur noch bis Ende des Jahres 2013 finanziert. Was danach kommt, weiß (noch) keiner.

Und das, obwohl diese Arbeit überall als besonders wichtig eingestuft wird, vor allem auch im Hinblick auf die Lernförderung. Dazu haben viele Eltern Anträge gestellt, ebenso wie für die Unterstützung bei Klassenfahrten

oder dem Sportverein. Und das ist vor allem das Ergebnis der Arbeit der Sozialarbeiter.

Auch die Landesregierung will kein Geld dafür locker machen. Obwohl Bildung die wichtigste Waffe im Kampf gegen die Armutsfalle ist.

Die großen Parteien haben derweil nichts Besseres zu tun, als sich den schwarzen Peter zuzuschieben. Zahlt nun Bund oder Land – oder Land oder Bund oder doch die Kommune? Dazu können wir nur sagen: Ein solcher Streit wird auf dem Rücken unserer Kinder, unserer Zukunft ausgetragen.

Essen.net ist praktisch pleite

Der Ausbau des Glasfasernetzes in Essen sollte eine 50-mal schnellere Internetverbindung ermöglichen als das herkömmliche DSL-Netz, zumindest in den dicht besiedelten Stadtteilen. Über 400.000 Einwohner sollten davon profitieren.

Im Juni 2009 wurde dafür die Gründung der „essen.net“ trotz vieler offener Fragen vom Rat durchgestimmt. Die EVV als städtische Gesellschaft ist an essen.net zu 50% beteiligt.

Viele Fragen, keine Antworten

Die Fraktion Linke/DKP/AUF hatte damals gegen das Projekt gestimmt. "Über unsere Weitsicht freuen können wir uns aber nicht", betont Siv Mammitzsch von der DKP Essen. "Ein Pleite-Unternehmen, in dem schon städtisches Geld steckt, bedeutet vor allem: das Geld fehlt den Menschen an anderer Stelle." Im Zusammenhang mit essen.net hatte Patrik Köbele, damals als Ratsmitglied, viele Fragen gestellt, die weder die Ratsvertreter im Aufsichtsrat der EVV noch die Stadtverwaltung beantwortet haben. Es wurden weder Alternativen zum privaten Gesellschafter "conli-net" geprüft, noch gab es eine schlüssige Risikoabwägung. Der Businessplan war schon damals so ungenau, dass absehbar war, so klappt das nicht. Wir, die Kommunistinnen und Kommunisten in Essen, haben diese Probleme öffentlich gemacht.

Schon wieder Millionen weg

Die Kosten für das Glasfasernetz sind rasant gestiegen und beim Absatz hapert es gewaltig. Schon Anfang 2012 schrieb die NRZ, dass statt der einst berechneten 50 Millionen Euro wohl rund 110 Millionen in den Ausbau fließen werden. Der erwartete Überschuss bleibt bis heute aus, das Unternehmen schreibt Verluste. Steigt dazu noch der Geldgeber Vitronet



aus, ist das Unternehmen pleite und jede Menge städtischer Gelder futsch. Wir Kommunisten wunden uns immer wieder darüber, dass wir SPD,

CDU und Grünen erklären müssen, wie Kapitalismus funktioniert. Und weil die Arroganz der Macht dort so groß ist, wird die Bruchlandung am Ende auf dem Rücken der Essener ausgetragen. Die Stadt will das Projekt nicht aufgeben, also verbuddeln sie unser Geld eben weiter unter der Erde.

Stromsperren verbieten

Ständig steigen die Stromkosten, aber nicht der dafür vorgesehene Satz im ALG II-Budget. Die veranschlagten 20 € pro Person reichen einfach nicht aus. Energiesparende Glühbirnen sind das eine. Aber die richtig großen Stromfresser wie Kühlschrank und Waschmaschine, die können viele nicht erneuern. Noch schlimmer wird es, wenn man in der Wohnung einen älteren Durchlauferhitzer für Warmwasser vorfindet. Da kann man zusehen, wie der Zähler rennt.



Ein banger Blick, damit es nicht zu teuer wird

Das RWE steht in der Verantwortung

Deshalb muss ein Sozialtarif für Strom und Gas eingeführt werden. Das sind auch keine Almosen, wie man uns gerne glaubhaft machen will. Denn der Industrie werden vom RWE günstige Sondertarife angeboten. Den EEG-Aufschlag und den Netzausbau zahlen vor allem die „kleinen“ Abnehmer. Großverbraucher sind zudem steuerlich begünstigt.

Kinder haben kein Licht zum Lesen

Stromsperren bedeuten eine eklatante Verlet-

zung sozialer Grundrechte. Sie machen die Teilhabe am Existenzminimum unmöglich. Wer Kinder hat, wird wissen, wie viel Wäsche da anfällt. Bei ca. einem Drittel der Essener Stromsperren sind Kinder betroffen. Wer sich kein energiesparendes Gerät leisten kann, für den ist der Hinweis auf den Energiesparservice – wie ihn die Stadt gemacht hat – einfach nur zynisch.

Saarbrücken als Vorbild

In Saarbrücken wurde ein Modell eingeführt, dass bei Familien mit Kindern der Strom nicht mehr abgestellt wird. Über weitere Instrumente konnten nicht nur bei Familien Stromsperren verhindert werden, über 300 in einem halben Jahr. Aber die Stadt Essen weigert sich ein ähnliches Modell zu installieren. Da bleibt nur die Hoffnung, dass die Verwendung von Kerzen nicht zu größeren Schäden führt.

Sozialverbände machen Druck

Paritätischer Wohlfahrtsverband und Deutscher Mieterbund fordern eine Reform von Wohngeld und Grundsicherung und die Übernahme von Stromkosten für ALG II-Haushalte. Die AWO fordert eine preiswerte Grundmenge an Strom. So soll auch zum Stromsparen angehalten werden. Darüber hinaus gibt es sogar eine EU-Richtlinie die besagt, dass Mindestmengen an Strom für bedürftige Menschen sicherzustellen sind. Diese Richtlinie wird aber in Deutschland nicht umgesetzt. Europa ja, aber nur für die Reichen. In Essen wollen wir, die DKP, mehr Druck machen, dass endlich was passiert.

Kultur: Bürgerentscheid rückt näher

Zur Erinnerung: wichtige Einrichtungen wie Volkshochschule, Folkwang Musikschule, die interkulturelle und historische Bildung sowie die regionale Kulturarbeit sollen Arbeitsplätze streichen. So hat es der Rat im November 2012 beschlossen. Dagegen hatte sich ein Bündnis kulturgutEssen gebildet.

Auch ohne Geburtsdatum gültig

Nachdem die Listen des Bürgerbegehrens „Kulturgut“ ausgezählt waren, fehlten letztlich nur 75 von 13.649 Unterschriften. Ein erheblicher Teil wurde wegen fehlendem Geburtsdatum nicht anerkannt. In Rheda-Wiedenbrück wurde diese Sicht nun durch den Eil-Beschluss des Oberverwaltungsgerichts gekippt, auch Unterschriften ohne Geburtsdaten sind für gültig erklärt. Denn die bei Bürgerbegehren geforderte zweifelsfreie Erkennbarkeit der Person, die unterzeichnet hat, hänge nicht zwingend von der Vollständigkeit der Angaben ab. In Bottrop z.B. wird das schon lange so gehandhabt. Der Leitfaden für Bürgerbegehren auf der Internetseite des Ministeriums ist inzwischen auch entsprechend geändert worden.

kulturgutEssen
ein Bürgerbegehren

Entscheid = direkte Demokratie

Der Druck ist mit diesem Urteil deutlich größer, dass auch Essen weitere Unterschriften anerkennen muss. Damit wäre der Weg für einen Bürgerentscheid frei. Aber der Oberbürgermeister betont nun wieder seine – nach seinem Verständnis - alleinige Zuständigkeit, nach der das Begehren ohnehin unzulässig sei. Die DKP hält es für eine bedeutende Stärkung der Demokratie, wenn wir selber über so weitreichende Beschlüsse wie hier im Kulturbereich mitentscheiden können. Das gleiche Ziel verfolgen wir beim Bürgerbegehren gegen den Messe-Neubau, bei dem Millionen rausgehauen werden. Wichtig ist, was den Menschen in dieser Stadt nützt, und das sollen sie selber wählen können. Wir müssen daher weiter um einen Bürgerentscheid „Kulturgut“ kämpfen, damit der Machtanspruch von OB Paß gebrochen wird!

Bärendelle soll ein Haus für alle sein

Nachdem die Besetzer der ehemaligen Hauptschule Bärendelle von Polizisten mit Schild und Schlagstock, einem Räumpanzer, einer Hundestaffel, unzähligen Einsatzwagen und Gefangenentransportern völlig überzogen geräumt wurden, haben sich Anwohner zu einer „Bürgerinitiative Bärendelle“ zusammengeschlossen und fordern die Einrichtung eines sozio-kulturellen Zentrums. Schließlich ist das Gebäude erhaltenswert und bietet viel Raum für Kreatives.

Alles Lüge

Die ehemalige Hauptschule Bärendelle wurde vor 2 Jahren stillgelegt und dem Verfall überlassen. Von Seiten der Stadt Essen gab es noch nicht einmal die Bereitschaft mit den friedlichen Besetzern zu reden. Dieser Einsatz war ein Skandal und das Verhalten der Stadtschulbehörde noch größer. Denn die log, dass sich die Balken bogen: Die Stadt habe mehrfach versucht, mit den Besetzern in Gespräch zu kommen – erfolglos. Die DKP hatte da weniger Probleme.

Kein Kommerz

Die Forderung nach einem sozio-kulturellen Zentrums ist - vor allem nach der Schließung des Jugendzentrums Papestraße – völlig gerechtfertigt. In Essen gibt es wenig bis gar keine nicht-kommerziellen Angebote und

Räumlichkeiten für Freizeit, Kunst und Kultur. Dafür gibt es Leerstand wie die Bärendelle oder auch die Twentmannhalle als „Denkmal“ verfehlter Kultur- und Sportpolitik. Zudem



ist Frohnhausen ein dicht besiedelter Stadtteil mit hoher Kinderarmut.

Zwar kann ein solches Zentrum nicht das Problem der Kinderarmut lösen – wie die Bürgerinitiative auf ihrer Bürgerversammlung Mitte September erklärte – aber es kann Angebote wie Bildung, Sport und Freizeit schaffen und zumindest einige Nöte mindern.

Aber auch für alle anderen soll es Angebote geben: Theater und Kino, Selbstverteidigung, Vereinsleben und vieles andere mehr. Eben ein Haus für alle Menschen im Stadtteil und vielleicht auch mit Ausstrahlung in die benachbarten Stadtteile. Ein ansprechendes Konzept dazu hat die Initiative erarbeitet und

vorgestellt.

Es ist wie immer: dafür soll kein Geld da sein!

Die DKP Essen unterstützt die Forderungen der Bürgerinitiative und fordert die Parteien im Rat der Stadt Essen auf, dies auch zu tun. Dazu gehört, das Haus nicht zu verschleudern, sondern zu behalten und es zu sanieren. Dazu gehören Sozialarbeiter/innen und entsprechende personelle Infrastruktur wie Hausmeister/in und Reinigungskräfte.

Wie hieß es bei der Bürgerversammlung: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Das sehen wir auch so. Konkret heißt das: für viele Leuchtturm-Projekte gibt die Stadt Geld ohne Ende



aus. Kann nicht auch ein sozio-kulturelles Zentrum ein Leuchtturm sein? Für die Anwohnerschaft ginge dann endlich mal wieder ein Licht an – im denkmalgeschützten Gebäude Bärendelle.

Kein Krieg in Syrien – Widerstand fortsetzen!



Massen können etwas bewegen. Ein schon terminierter Waffengang des US-Imperialismus und seiner Verbündeter gegen Syrien ist verschoben. Natürlich ist das nicht die einzige Ursache. Die Unkalkulierbarkeit dieses Krieges, widersprüchliche Interessen unter den imperialistischen Ländern waren eine Voraussetzung dafür. Trotzdem, die Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung gab vielleicht den Ausschlag dafür, dass das englische Parlament sich anders entschied. Damit war aber der Partner des US-Imperialismus weg, der in den letzten Jahren seine Interes-

sen vor allem durch das Spielen der amerikanischen Karte vertrat. Der französische Imperialismus unter dem sogenannten Sozialisten Hollande setzte zwar dann auf diese Karte, aber das Lager war gespalten.

Deutschland wird dabei sein

In unserem Land sollte man sich bloß keine Illusion machen über die Beweggründe für die scheinbare „Zurückhaltung“ des deutschen Imperialismus. Mit Friedfertigkeit hat das gar nichts zu tun. Patriot-Raketen stehen in der Türkei, die deutschen Nachrichtendienste mischen mit und Merkel und Westerwelle sahen wohl die Chance die deutschen Interessen in einer gewissen Abgrenzung von der Taktik des Säbelgeklappers zu vertreten.

Eskalation wird vorbereitet

Aber die Kriegsgefahr ist nach wie vor groß und eigentlich läuft er schon der Krieg, noch durch die Unterstützung der sogenannten Freien Syrischen Armee FSA und anderer Kräfte, jederzeit mit der Gefahr der weiteren Eskalation. Es geht um geostrategische Vorteile, es geht um den Nahen Osten aber es geht auch gegen Russland und China. Dabei liegen Lunten an Sprengsätzen von riesiger Dimension. Da ist der Libanon als langjähriger

Spielball der Interventionen, da ist die Türkei mit Erdogan, der sich aus eigenen Interessen (innenpolitisch und gegen die Kurden) als Kriegstreiber betätigt. Und vor allem, da ist Israel, mit dem Finger auf dem Auslöser und atomarer Bewaffnung. Die Zerschlagung Syriens wird dabei einkalkuliert.

Diesem gefährlichen und explosiven Gemisch muss Einhalt geboten werden. Die Heuchelei in unserem Land muss entlarvt werden. Solange deutsche Patriot-Raketen in der Türkei stehen, ist auch unser Land Kriegspartei.

Weg mit den Patriot-Raketen aus der Türkei

Eine politische Lösung wird in Syrien nur möglich sein, wenn die laufenden Kriegsvorbereitungen und die jetzt schon laufenden imperialistischen Einmischungen gestoppt werden. Für unser Land heißt das mindestens „Weg mit den Patriot-Raketen aus der Türkei“ – eine gute Forderung um Bewusstsein zur materiellen Kraft werden zu lassen und auf die Straße zu tragen.

